

## Gemeindeversammlung

---

Protokoll der Gemeindeversammlung Nr. 01/23 vom Freitag, 27. Januar 2023

Anwesende: 46 Stimmberchtigte

Vorsitz: Thomas Gort, Gemeindepräsident

Entschuldigt: -

Sitzungsdauer: 20:00 – 21:10 Uhr

Ort: Saal Mehrzweckgebäude

Präsident Thomas Gort begrüßt die anwesenden Stimmberchtigten im Namen des Gemeindevorstandes zur zweiten Gemeindeversammlung dieses Jahres. Er stellt fest, dass die Versammlung ordnungsgemäss einberufen wurde. Gegen die publizierte Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

---

### Traktanden

- |    |                                      |   |
|----|--------------------------------------|---|
| 1. | Protokoll vom 28.10.2022             |   |
| 2. | Krediterteilung Schulraumerweiterung | 1 |
| 3. | Varia und Umfrage                    | 2 |
- 

Die Versammlung wählt mit grossem Mehr Vedrana Insel und Fabian Schellenberg als Stimmenzähler.

### Gemeindeversammlungen in einzelne Dossiers 16.04.00

#### 1. Protokoll vom 28.10.2022

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass das Protokoll während 30 Tagen auf der Gemeindekanzlei zur Einsichtnahme aufgelegen ist. Da innert Frist keine Einsprachen eingingen, gilt das Protokoll als genehmigt.

**Oberstufenschule****31.03.02****2. Krediterteilung Schulraumerweiterung**

1

Einleitend erklärt Thomas Gort den Ablauf dieser Gemeindeversammlung. Zum Start werde er ein paar Informationen über die Geschichte des Projektes geben, bevor dann Karin Berger über die Gründe für eine Schulraumerweiterung spreche. Darauf folgend werde Martina Jägeli als Baufachchefin einige Worte zum eigentlichen Projekt verlieren. Vor der Abstimmung werde er dann noch einige Erklärungen zum vorgesehenen Vertrag mit den anderen Verbandsgemeinden abgeben.

Als im Frühjahr 2022 festgestellt wurde, dass der Schulraum knapp wird, wurden verschiedene Lösungen geprüft. Karin Berger berief während der Jagdpausen 2022 eine Delegiertenversammlung des Oberstufenschulverbandes Mittelprättigau ein. An dieser Delegiertenversammlung wurde einstimmig beschlossen, eine Erweiterung des Schulraums durch einen Elementbau zu realisieren.

Gestützt auf diesen Entscheid begannen dann für die Gemeinde Küblis die Vorbereitungsarbeiten. Da die dazugehörigen Zahlen erst gegen Ende Dezember 2022 eintrafen, konnte erst ab diesem Zeitpunkt eine Gemeindeversammlung vorbereitet werden. Diese sehr früh im Jahr angesetzte Versammlung wurde notwendig, da es ansonsten nicht möglich wäre, den Bezugstermin auf Anfangs des nächsten Schuljahres einzuhalten.

Nach der Einleitung übergibt der Vorsitzende das Wort an Karin Berger, welche als Präsidentin des Oberstufenschulrates erklärt, weshalb eine Raumerweiterung notwendig ist.

Die momentane Situation sei so, dass man aufgrund der aktuellen Schülerzahlen mit 5 Klassen in der Oberstufe und mit 4 Klassen in der Primarschule fahre. Lange Zeit sei es so gewesen, dass die Primarschule nur 3 Kombiklassen geführt habe. Da ab diesem Jahr eine 4. Primarklasse dazugekommen sei, bedeute dies, dass die Primarschule Bedarf an einem zusätzlichen Klassenzimmer habe. Außerdem sei es so, dass ab dem übernächsten Schuljahr 6 Oberstufenklassen geführt werden müssten. Aktuell seien es, wie bereits erwähnt, nur 5 Klassen, da eine Realklasse als Kombiklasse geführt werden könne.

Dadurch werden also in nächster Zukunft zwei zusätzliche Klassenzimmer notwendig. Zudem sei es so, dass der Lehrplan 21 kompetenzbasierten Unterricht erfordere. Man müsse daher öfters in kleinen Gruppen arbeiten und könne nicht mehr einfach Frontalunterricht erteilen. Diese Anforderung könne nur mit Gruppenräumen erfüllt werden. Auch die Lehrpersonen brauchten Platz für die Vorbereitungen.

Aus all diesen Gründen sei es notwendig, dass das Raumangebot der Oberstufe um zwei Klassenzimmer sowie Gruppenräume erhöht werde.

Nach der Erklärung der Schulratspräsidentin wird der Versammlung Gelegenheit für Fragen an Karin Berger gegeben.

[REDACTED] ergreift das Wort: Im Jahr 2022 wurde die Heilpädagogische Schule aufgelöst, was zu einem zusätzlichen freien Schulzimmer geführt haben müsste. Zudem möchte [REDACTED] von Karin Berger die aktuellen Schülerzahlen wissen.

Karin Berger entgegnet, dass wohl die Heilpädagogische Klasse nicht mehr existiere, man aber durch die in Küblis verbliebene Logopädie faktisch keinen zusätzlichen Raum gewonnen habe. Die Schülerzahlen beziffert Karin Berger mit aktuell 60 Schülern. Die Tendenz sei steigend und in naher Zukunft werde man eher von 75 Schülern ausgehen dürfen als von 60 Schülern.

[REDACTED] führt weiter aus, dass 2011/2012 90 Schüler in Küblis gewesen seien. Aus seiner Sicht gehe es nicht um mehr Schulraum, sondern darum, dass jede Lehrperson ein Zimmer für sich wolle.

Der Vorsitzende gibt zu bedenken, dass sich die Anforderungen gewandelt hätten und man die heutige Zeit und die aktuellen Anforderungen welche an einen modernen Unterricht gestellt würden, nicht mehr mit den Jahren 2011/2012 vergleichen könne.

Karin Berger ergänzt, dass man damals mit bis zu 26 Schülern in einem Zimmer gearbeitet habe. Dies sei heute unter keinen Umständen mehr möglich und würde vom Inspektorat mit Sicherheit nicht bewilligt.

[REDACTED] führt weiter aus, dass es derzeit Zimmer im Schulhaus gebe, welche kaum einmal belegt seien. Mit einer guten Planung sollte es auch heute noch möglich sein, den Betrieb mit dem aktuellen Raumangebot weiterzuführen. Beispielsweise mache es keinen Sinn, für das Fach Religion und Ethik ein Klassenzimmer zu belegen. Dieses Fach könne ohne weiteres im Kirchgemeindezimmer unterrichtet werden.

Zudem stimme die PowerPoint Präsentation nicht. Dort stehe, dass es ab 23/24 zwei zusätzliche Zimmer brauche. Dabei benötige die Oberstufe diese erst ab dem Schuljahr 24/25.

Karin Berger entgegnet, dass es wenig Sinn machen würde, in diesem Jahr ein Zimmer zu bauen und auf das Schuljahr 24/25 erneut ein Zimmer anzubauen.

[REDACTED] bemängelt, dass in der Botschaft kein Klassenspiegel vorhanden war. Damit hätte die Bevölkerung die Entwicklung der Schülerzahlen besser beurteilen können.

[REDACTED] wirft ein, dass es aktuell so sei, dass im Theorieteil der Kochschule teilweise noch "Deutsch als Zweitsprache" unterrichtet werde, während sie in der Küche den Kochunterricht erteile. Ausserdem stelle sie des Öfteren fest, dass Lehrpersonen in den Fluren unterrichten. Dies komme daher, dass derzeit alle Räume bis auf das Äusserste belegt seien. Die Aussagen von [REDACTED], wonach viele Räume oftmals leer stünden seien nicht zutreffend.

[REDACTED] ergreift das Wort. Er findet die bisher gehörten Voten erschreckend. Für ihn sei so weit alles klar gewesen. Nun habe er aber das Gefühl bekommen, dass es sich bei diesem Projekt um einen Schnellschuss handle. Er frage sich auch, warum bei einem derartigen Projekt keine Orientierungsversammlung stattgefunden habe. Zudem fehlten ihm für eine seriöse Beurteilung in der Botschaft diverse Unterlagen. Er frage sich, ob der Gemeindevorstand wirklich alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe. Beispielsweise stünden in diversen Nachbargemeinden ganze Schulhäuser leer. Der Geburtenrückgang sei ausserdem ein nicht zu bestreitender Fakt. Für ihn sei das Ganze mittlerweile nicht mehr plausibel.

[REDACTED] bekräftigt, dass er durchaus für die Erweiterung des Schulraumes sei. Allerdings seien 1.3 Millionen für ein derartiges Provisorium aus seiner Sicht sehr teuer. Zudem höre man immer wieder, dass die Gemeinde Luzein ihre Oberstufenschüler künftig nach Schiers schicken wolle. Deshalb wolle er vor einer Abstimmung wissen, ob Luzein seinen Verpflichtungen auch im Fall eines Austrittes aus dem Schulverband nachkommen würde. Zum Abschluss seines Votums betont [REDACTED] nochmals, dass es ausser Frage stehe, dass mehr Schulraum benötigt werde.

Thomas Gort erklärt, dass man auf die Frage nach dem Ausstieg einer Gemeinde später zurückkomme.

[REDACTED] schlägt vor, dass [REDACTED] einige Worte zur Notwendigkeit der Erweiterung verliert.

[REDACTED] bestätigt, dass es immer weniger Kinder geben würde. Es treffe aber auch zu, dass die Bedürfnisse ganz anders seien als noch vor 15 Jahren. Es stehe ausser Frage, dass es künftig 6 Oberstufenklassen geben werde. Bei seiner täglichen Arbeit im Schulhaus sehe er öfters, wie Lehrpersonen auf den Fluren vorbereiten oder gar dort unterrichten. Es sei wirklich so, dass die Oberstufe über zu wenige Zimmer verfüge, weil die Primarstufe mehr Platz benötige. Man dürfe auch nicht ausser Acht lassen, dass immer mehr fremdsprachige Kinder in Küblis die Schule besuchen würden. Diese Kinder müssten zuerst Deutsch lernen, was auch wieder Platz benötige.

Dass somit mehr Raum benötigt würde, steht für [REDACTED] nicht zur Diskussion. Die Kosten dieses Projektes seien natürlich ein anderes Thema.

Vielleicht hätte man sich überlegen können, den mittlerweile 40-jährigen Turnhallentrakt umzunutzen und dort die benötigten Zimmer einzurichten. Ob das möglich gewesen wäre, könne er nicht beurteilen.

Nach der Diskussion zum Bedarf um mehr Raum, kommt Martina Jägeli zum eigentlichen Projekt. Sie erläutert, dass man zuerst geprüft habe, wie und wo man zu Schulzimmern kommen könnte. Zudem habe man auch geprüft ob es wirklich nötig sei, etwas zu bauen oder ob man das Problem anders lösen könne.

Man sei dann recht schnell und eindeutig zur Erkenntnis gelangt, dass es mit dem aktuellen Raumangebot wirklich nicht mehr möglich sei, den Schulbetrieb aufrecht zu erhalten. Die Schule sei platzmässig bereits am Anschlag und mehr gehe nicht mehr.

Nach der Prüfung diverser Varianten sei klargeworden, dass ein Holzbau mit aktuellen Dämmwerten am meisten Sinn mache. Ein solcher Bau wäre sehr flexibel und könnte theoretisch auch erweitert werden. Diese Flexibilität ermögliche es, die Räume jeweils an die aktuellen Gegebenheiten anzupassen.

Zudem werde es ein separater Trakt werden. Es brauche daher Garderoben und sanitäre Anlagen im Erweiterungsbau. Aufgrund der Distanz zum Haupttrakt benötige es zudem eine separate Heizung. Es sei nun vorgesehen, mit einer Wärmepumpe zu arbeiten. Das habe auch mit dem aktuellen Energiegesetz zu tun, welches Ersatzmassnahmen vorsehen würde, wenn man in diesen Trakt eine Heizung mit fossilen Brennstoffen einbauen würde.

Man habe sich bewusst an der erwähnten Delegiertenversammlung auf den nun vorliegenden minimalen Ausbaustandard geeinigt. Die Räume sollen es den Lehrpersonen und den Schülern erlauben, sich wohlzufühlen.

Vorgesehen ist, den Erweiterungsbau zweigeschossig mit zwei Klassenzimmern sowie mit Gruppen- und Vorbereitungsräumen zu realisieren. Der Bau wird an der Grenze zur Parzelle 626 entstehen. Die Repower, als Eigentümerin dieser Parzelle, wird der Gemeinde Küblis das Näherbaurecht gewähren.

Thomas Gort kommt zur Finanzierung der geplanten Schulraumerweiterung. Die Gemeinde Luzein kündigt schon seit längerem an, aus dem Oberstufenschulverband austreten zu wollen. Aus diesem Grund sei es für die Gemeinde Küblis sehr wichtig gewesen, eine Ausstiegsklausel in den Vertrag zu integrieren. Es sei nach Vertragsunterzeichnung so, dass die Gemeinde Luzein zwar aus dem Schulverband austreten könne. Der Vertrag sei darauf vorbereitet und entbinde die Gemeinde Luzein nicht von ihrer Verpflichtung, während 10 Jahren die Finanzierung der Erweiterung mitzutragen.

Der Unterhalt der Schulraumerweiterung gehe zu Lasten der Gemeinde Küblis. Es werde ein Unterhaltsfonds eingerichtet in welchen alle Gemeinden ihre Beiträge an den Unterhalt einzahlen.

Die Betriebs- und Nebenkosten seien Sache des Oberstufenschulverbandes Mittelprättigau.

Zudem werde das Kapital mit 2% verzinst.

Thomas Gort betont zum Schluss, dass alle Gemeinden zustimmen müssen. Ansonsten sei das Projekt vorerst vom Tisch.

[REDACTED] möchte wissen, wie der Plan B aussehe, wenn eine Gemeinde nicht zustimme.

Der Vorsitzende erläutert, dass es dafür bisher keine Variante gebe. Eventuell müsste man im Mehrzweckgebäude etwas einrichten.

[REDACTED] wirft ein, dass er diese Art von Schulräumen kenne. Es handle sich dabei um einen Rolls-Royce und keinesfalls nur um einen Subaru Justy. Seiner Meinung nach hätte man auch über eine Miete nachdenken müssen. In Klosters und in Serneus seien außerdem noch gebrauchte Elementbauten zu haben.

Thomas Gort entgegnet, dass man über eine Miete sehr wohl nachgedacht habe. Diese Variante würde auf 5 Jahre rund CHF 300'000 teurer werden als der nun zur Diskussion stehende Kauf. Zum Thema Klosters würde man noch kommen.

Entschieden sei noch nichts, wird durch den Vorsitzenden festgehalten. Das Beschaffungsrecht lasse es gar nicht zu, einen Entscheid einfach so zu fällen. Man müsse jedoch den Kredit so einholen, dass das Geld für jede mögliche Variante ausreichen würde.

[REDACTED] würde interessieren, wie der Verteilschlüssel aussehe.

Der Verteilschlüssel wurde, wie in der Botschaft festgehalten, erarbeitet. Es fliessen zu 50% die Einwohnerzahlen und zu 50% die jeweils aktuellen Schülerzahlen ein. Dadurch kommt es nicht zu so starken Schwankungen wie wenn lediglich die Schülerzahlen berücksichtigt würden.

[REDACTED] führt aus, dass er 1983 als Lehrperson nach Klosters kam. Damals hiess es in Klosters bereits, dass ein neues Schulhaus benötigt werde. Teilweise hätten sich damals bis zu 35 Schüler in einer Klasse befunden. Die Platzverhältnisse waren dementsprechend sehr eng. 2018 sei er schliesslich pensioniert worden und im 2019 sei dann das neue Schulhaus endlich bezugsbereit gewesen. Er möchte betonen, dass in Klosters der Rolls-Royce stehe. Die Variante welche Küblis nun vorgestellt habe, könne nicht so bezeichnet werden. Zudem sei es so, dass Klosters keine Pionierleistung aus Holz erbracht habe.

Er sei der Meinung, dass die Schüler nicht so lange warten sollten. Sie werden jetzt unterrichtet und haben jetzt Anspruch auf zeitgemässen Schulraum.

[REDACTED] möchte wissen, ob die Abwärtschaft ein höheres Pensum erbringen müsste.

Thomas Gort erklärt, dass nicht davon auszugehen sei, dass es möglich sei, mit dem gleichen Pensum eine derart grössere Fläche zu bewirtschaften. Der Betrieb sei aber Sache des OSMP, wobei die Arbeitsverträge jedoch mit Küblis geschlossen werden.

Anschliessend erläutert Thomas Gort, dass das bereits angesprochene Provisorium in Klosters verfügbar geworden sei, da die Gemeinde Untervaz offensichtlich von ihrer Kaufabsicht zurückgetreten sei. Man dürfe derzeit davon ausgehen, dass diese Lösung zu deutlich geringeren Kosten führen würde. Natürlich müsse man auch bei dieser Lösung den Transport, eine Heizung und Fundamente berücksichtigen. Trotzdem würde man sicher günstiger zu geeignetem Schulraum kommen. Der Vorsitzende betont, dass sich diese Möglichkeit erst vor Kurzem ergeben habe, er dies aber als sehr gute Nachricht deute.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen gewünscht sind, verliest der Vorsitzende den Antrag:

## Antrag

Der Gemeindevorstand beantragt der Gemeindeversammlung:

- Den Bruttokredit in der Höhe von CHF 1'300'000 zur Vorfinanzierung der Schulraumerweiterung zu genehmigen;
- Den Gemeindevorstand zu ermächtigen, eine Dienstbarkeit in Form eines Näherbaurechtes zur Parzelle 626 einzugehen;
- Den Gemeindevorstand zu ermächtigen, den Vertrag zwischen den drei Trägergemeinden sowie dem Ober-stufenschulverband Mittelprättigau einzugehen;
- Der Antrag ist hinfällig, sollte eine der drei Trägergemeinden an ihrer Gemeindeversammlung diesem Vertrag nicht zustimmen.

## Abstimmung

Die Abstimmung wird mit offenem Handmehr durchgeführt. Mit 37 Ja gegen 3 Nein Stimmen wird die Vorlage mit grossem Mehr angenommen.

## 3. Varia und Umfrage

2

Christian Reidt erklärt, dass derzeit die Planung für den Ausbau Büdemji laufen. In naher Zukunft erfolge zudem die Ausschreibung zum 2. Teil des Ausbau Obergassa. Auch bei der Bushaltestelle Prada habe man gewisse Fortschritte erzielen können.

Das Kommunalfahrzeug soll am Donnerstag, 02.02.2023 in der Schweiz eintreffen.

Zudem werde, wie bereits früher angekündigt, das Projekt Sanierung Geissgassabrücke nächstens ausgeschrieben.

██████████ meldet sich anschliessend zu Wort. Gemäss seinen Aussagen versucht er seit zwei Jahren eine Verbesserung beim öffentlichen Verkehr nach Tälfisch zu erreichen. Seiner Meinung nach sei jede seiner Anfragen nicht behandelt worden und es sei nichts passiert.

Thomas Gort erläutert, dass diesbezüglich ein Antrag an den Kanton gestellt worden sei. Man versuche zudem, die Postautolinie nach Tälfisch dem Bund zu übergeben. Frühestens sei eine Übernahme durch den Bund per 2024 möglich. Eine derartige Übernahme könnte einen dichten Fahrplan sowie eine deutliche Entlastung bei den Kosten nach sich ziehen.

██████████ bemängelt die Breite des Fussweges zwischen dem Marktplatz und der Turmgassa als deutlich zu schmal. Seiner Meinung nach müsste man den Weg so verbreitern, dass er auch mit Kinderwagen benutzbar sei.

██████████ kommt nochmals auf die Schulraumerweiterung zurück. Seiner Meinung nach ist es befremdend, dass weder in der Budgetversammlung, noch in der Oktoberversammlung über diese Thematik orientiert worden sei. Er habe erstmals aus der Botschaft entnommen, dass Küblis über zu wenig Schulraum verfüge. Seiner Meinung nach hätte man deutlich früher darüber informieren müssen.

Thomas Gort beantwortet diese Frage folgendermassen: In der Juniversammlung ging eine Anfrage bezüglich Steuersenkung ein. Diese Frage wurde damals abschlägig beantwortet, da man im Bereich Schule mit grossen Investitionen zu rechnen habe. Mehr habe zum damaligen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden können. Zudem sei es aufgrund der zeitlichen Abläufe nicht mehr möglich gewesen, zuerst eine Orientierungsversammlung abzuhalten. Dadurch wäre ein

Entscheid so weit nach hinten gerückt, dass die Realisierung auf das nächste Schuljahr sehr gefährdet gewesen wäre.

[REDACTED] möchte wissen, ob man bei der Heizung der Schule an die Abwärme der Repower gedacht habe. Seines Wissens nach erzeugten die Turbinen während des Betriebs Wärme welche ungenutzt bleibe.

[REDACTED] entgegnet, dass die Generatoren nicht genügend Wärme liefern würden. Die Repower selber heize ihre Anlage zusätzlich mittels Erdsonden. Deshalb sei kaum davon auszugehen, dass genügend Abwärme für andere Gebäude übrig bleibe.

Thomas Gort ergänzt, dass die Repower unter Umständen ein Rechenzentrum in Küblis erstelle. Falls dieses Projekt zu Stande komme, wäre es gut möglich, dass durch die dafür benötigte Kühlung der Anlage nutzbare Wärmeenergie entstehen könnte.

In diesem Zusammenhang erkundigt sich [REDACTED] nach dem Stand des EWD Projektes. Die Eigentümer wurden ja schon vor längerer Zeit angeschrieben.

Thomas Gort: Es wird beim EWD nachgefragt.

[REDACTED] ergreift das Wort in Sachen Geissgassabrücke. Aus seiner Sicht ist es unbefriedigend, dass diese Brücke, wenn sie schon saniert wird, nicht gleichzeitig verbreitert wird.

Er habe sich nicht mit der Antwort des zuständigen Departementsvorstehers zufriedengegeben und sich direkt beim Tiefbauamt, beim verantwortlichen Ingenieur erkundigt. Dieser, in der Person von Roger Stäubli, fände es falsch, dass die Gemeinde Küblis damals keine Alternative näher geprüft habe. Die vom Gemeindevorstand bevorzugte Variante sei nicht nachhaltig und nicht zukunftsgerichtet. Der Kanton hätte, gemäss Roger Stäubli, Interesse an einer anderen Lösung gehabt und hätte sich auch an den Kosten beteiligt. Allerdings habe sich der Kanton schliesslich dem Willen der Gemeinde Küblis gebeugt und treibe nun diese Sanierung voran. Die Gemeinde habe damit eine Chance verpasst.

Dass die Gemeinde keine Verbreiterung der bestehenden Brücke mittels Anbau an die Brücke wolle, findet [REDACTED] sehr schade, zumal viele Kinder diese Brücke als Schulweg nutzen würden. Roger Stäubli prüfe nun aufgrund seiner Anfrage ob der Anbau eines Fussgängerstegs realisierbar sei. Die Kosten dafür würden natürlich zu Lasten der Gemeinde gehen.

[REDACTED] wäre dankbar, wenn der Gemeindevorstand, nach Vorliegen der Antwort des Tiefbauamtes, diese Möglichkeit prüfen und damit an die Gemeindeversammlung gelangen würde. Es gehe nun darum, aus der verpassten Chance das Maximum herauszuholen.

Christian Reidt betont eingangs seiner Antwort, dass [REDACTED] Ausführungen zu den Aussagen des Tiefbauamtes durch ihn überprüft würden.

Tatsächlich sei es so gewesen, dass im Juli 2020 eine Sitzung mit den Involvierten stattgefunden habe. Es sei klar gewesen, dass nach verschiedenen Fehlschlägen vorwärts gemacht werden müsse, da ab 2025 die Sicherheit der bestehenden Geissgassabrücke nicht mehr gewährleistet werden könne.

Ein Neubauprojekt sei damals an den Einwänden der Denkmalpflege gescheitert. Auch die Möglichkeit des Anbaus einer Fussgängerbrücke sei aus Gründen der Statik abgelehnt worden.

Nachdem klargeworden sei, dass weder ein Neubau der Brücke, noch ein Fussgängeranbau realisierbar seien, habe man die Erschliessung via den Inneren Stutz mittels einer Brücke über die Druckleitung geprüft. Der Nachteil dieser Variante wäre gewesen, dass die Gemeinde diese Brücke hätte übernehmen müssen. Zudem handle es sich beim Inneren Stutz um eine Privatstrasse welche demzufolge auch saniert und übernommen werden hätte müssen. Dieses Projekt wäre damit unverhältnismässig teuer geworden.

Aus diesen Gründen sei man zum Schluss gekommen, dass eine Sanierung im Bestand derzeit die beste Lösung darstelle. Zudem sei die Brücke sehr übersichtlich und man dürfe von jedem erwarten, dass er anhalte und mit dem Befahren der Brücke warte bis allfällige Kinderwagen die Brücke passiert hätten.

Dazu komme, dass bei einer Verbreiterung tendenziell auch schneller gefahren werde. Man habe dies in Täflsch sehr gut beobachten können. Damals, als die Strasse noch 2.60 – 2.70 Meter breit gewesen sei, sei man als Fussgänger sicherer unterwegs gewesen als heute mit der breiten Strasse, welche zu schnellerem Fahren einlade.

Zudem sei im Dorfkern noch lange nicht jede Strasse so breit wie die Geissgassabrücke.

[REDACTED] präzisiert, dass er nicht gesagt habe, dass Roger Stäubli den Entscheid der Gemeinde als falsch bezeichnet habe. Vielmehr habe er gesagt, dass es andere Varianten gegeben hätte und dass Roger Stäubli es schade finde, dass die Gemeinde diese Varianten abgeschmettert habe.

Thomas Gort ergänzt, dass eine weitere Variante eine Unterführung zwischen dem Bierdepot und Aebli Landmaschinen gewesen wäre. Diese hätte dann in einer Schlaufe über Ergiggin den Höhenunterschied überwunden. Der damalige Gemeindevorstand habe dies damals als Landverschwendug betrachtet und aus diesem Grund nicht weiterverfolgt. Zudem hätte man bei dieser Variante mit grossem Widerstand und sehr hohen Restkosten rechnen müssen.

Im weiteren erwähnt [REDACTED], dass er am 18.03.2022 einen Antrag um Einführung des Öffentlichkeitsprinzips an den Gemeindevorstand gestellt habe. Er habe keine Antwort darauf erhalten und wäre dankbar, wenn seine Anliegen jeweils beantwortet würden.

Der Vorsitzende erklärt, dass man aktuell dabei sei, die Verfassung zu revidieren. Die Revision geht in naher Zukunft zur Vorprüfung an den Kanton. Die Frage des Öffentlichkeitsprinzips wurde dabei besprochen. Die Gesetzeskommission ist der Ansicht, dass die Einführung für die Verwaltung sowie für die Behörden einen grossen Mehraufwand bedeuten würde. Selbstverständlich sei es schlussendlich Sache der Gemeindeversammlung darüber zu beschliessen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr eingehen, schliesst Thomas Gort die Gemeindeversammlung um 21:10 und lädt die Bevölkerung zum Apero ein.

